

Sozialdemokratischer PresseDienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Hauseallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08.00 846-48 ppbr d



Inhalt

Bundesjustizminister
Hans-Jochen Vogel kom-
mentiert die Statistik
der Schwerekriminalität.

Seite 1/2

Hamburgs Bürgermeister
Hans-Ulrich Klose spricht
sich für Kompromisse im
Nord-Süd-Verhältnis aus.

Seite 3

Heinz Menzel MdB attack-
tiert die Energiespar-
politik der Opposition.

Seite 4/5

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
PresseDienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 68 11

33. Jahrgang / 52

15. März 1978

Die Entwicklung der Schwerekriminalität bietet ein
differenziertes Bild

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
Bundesminister der Justiz

Meinungsumfragen aus den letzten Jahren zeigen, daß ein konstant sehr hoher Prozentsatz der Bürger der inneren Sicherheit - und das heißt vor allem dem Schutz vor Kriminalität - höchste Bedeutung beimißt. Ein erheblich geringerer, aber noch immer hoher Prozentsatz der Befragten hält sich auch persönlich für bedroht. Hinter diesen Zahlen steht ein kompliziertes Gemenge bewußter und unbewußter Ängste und Sorgen. Es ist nicht damit getan, daß man sie für irrational erklärt. Diese Ängste und Sorgen muß demokratische Politik ernst nehmen.

Die neuartigen Herausforderungen des internationalen Terrorismus mit einer Reihe schwerer und schwerster Gewalttaten aus den letzten Jahren erklären zu einem großen Teil den hohen Stellenwert der inneren Sicherheit. Über diese Taten, deren Wirkungen nicht allein und nicht einmal entscheidend auf ihrer unmittelbaren kriminellen Wirkung beruhen, soll hier nicht gehandelt werden. Der Bürger ist mit Recht auch über schwere Formen der allgemeinen Kriminalität aufgebracht. Ich erinnere nur an die Entführung Richard Oetkers, den Mord an dem Euben Eustachius Hell oder die Auslöschung einer ganzen Familie in Braunschweig. Im allgemeinen Bewußtsein und in der Stimmung der Bevölkerung spielt dabei oftmals die Vorstellung eine Rolle, die Wellen der allgemeinen Kriminalität stiegen immer weiter an und drohten, bald über uns zusammenzuschlagen.

Die Statistik bietet demgegenüber ein weitaus differenzierteres Bild. Es ist richtig, daß die Kriminalitätsentwicklung seit 1953 (seitdem es eine bundeseinheitliche polizeiliche Kriminalstatistik gibt) im Großen einen leichten, aber

gleichmäßigen Aufwärtstrend hat. Der jährliche Zuwachs gegenüber dem Vorjahr schwankt seit 1954 im allgemeinen zwischen zwei und vier Prozent. Einzelne Jahre wie 1966 (+ 7,2 Prozent), 1967 (+ 8,2 Prozent), 1970 (+ 8,8 Prozent) und 1974 (+ 7,8 Prozent) ragen besonders hervor. Insgesamt ist die Zahl der bekannt gewordenen Straftaten allein in der Zeit von 1963 bis 1976 um 70,9 Prozent gestiegen. Bemerkenswert ist aber, daß zum Beispiel das Jahr 1973 eine Abnahme der Kriminalität um immerhin ein halbes Prozent brachte. Seit 1974 (+ 7 Prozent) ist die Zuwachsrate ständig gesunken (1975: + 6,8 Prozent; 1976: + 5,5 Prozent).

Wenn wir die Tötungsverbrechen ins Auge fassen, so zeigt sich, daß die Zahl der vollendeten Taten seit 1953 (Häufigkeitszahl, d.h. Zahl der Taten pro 100.000 Einwohner, 0,69) bis 1975 (Häufigkeitszahl 1,39) auf mehr als das Doppelte (221 Prozent) gestiegen ist. Zum Vergleich nenne ich die USA, die seit 1973 konstant Häufigkeitszahlen über neun aufweisen (1976: 9,8). Dabei liegt die Aufklärungsquote mit rund 95 Prozent in der Bundesrepublik international sehr hoch; in den USA beträgt sie beispielsweise nur 78 Prozent. Die Zahl der Taten des Mordes und Totschlages war 1976 in der Bundesrepublik niedriger als 1975.

Nach den Häufigkeitszahlen der Statistik war außerdem

- die Zahl der Notzuchtverbrechen 1976 niedriger als 1972 und nur um ein Zehntel Punkt höher als 1970,
- die Zahl der Raubüberfälle 1976 niedriger als 1975 und nur geringfügig höher als 1972,
- die Zahl der schweren und gefährlichen Körperverletzungen 1976 immerhin zwei Fünftel Punkte niedriger als 1975.

Die Behauptung, daß die Kriminalität nur steige, erweist sich somit als Legende.

(-/15.3.1978/ks/lo)

+ + +

Wille zum Ausgleich

Industrie- und Entwicklungsländer benötigen den Kompromiß

Von Hans-Ulrich Klose

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

Die Industrienationen können nicht länger an der Tatsache vorbeigehen, daß die Welt sich insbesondere seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges auch in ökonomischer Hinsicht grundlegend gewandelt hat. Die Entwicklungsländer haben ein Recht darauf, daß ihre Interessen gebührend berücksichtigt werden. Sie haben dieses Recht um so mehr, als sie vor außerordentlich schwierigen Problemen stehen, die sie ohne Hilfe von außen nicht meistern können. Die Entwicklungsländer dürfen aber andererseits - zum Beispiel in der Rohstoff-Frage, zum Beispiel in der Frage der Haftung beim Seetransport - die Industriestaaten nicht in eine Lage bringen, die deren Leistungsfähigkeit gefährdet. Denn dies würde sich letztlich auch auf die Staaten der Dritten Welt negativ auswirken.

Worauf es also ankommt, ist ein vernünftiger, gerechter, die Belange aller Beteiligten soweit wie möglich berücksichtigender Ausgleich. Ich hoffe sehr, daß dies im Geiste der UNO gelingen möge.

Die Arbeit der Vereinten Nationen - wir wissen es alle - wird oft kritisiert. Diese in vielen Fällen ein wenig billige Kritik ist häufig ungerecht; und zwar deshalb, weil sie die Schwierigkeiten der Probleme nicht gebührend berücksichtigt, mit denen die UNO sich auseinandersetzen hat. Die Situation und die Interessen der Partner sind oft sehr konträr. Patentlösungen gibt es daher auf diesem Feld internationaler Beziehungen noch viel weniger als anderswo. Entscheidend sind Verhandlungsbereitschaft und der Wille zum Ausgleich. Ausgleich aber ist nicht von heute auf morgen zu erreichen. Er braucht Zeit und Geduld. Dies sollten die vorschnellen Kritiker nicht vergessen.

(-/15.3.1978/ks/ ca)

+ + +

An ihren Taten sollt Ihr sie erkennen

Beim Energiesparen will die Opposition die Großverdiener begünstigen

Von Heinz Menzel MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Geradezu auf den Arm genommen müssen sich die Arbeitslosen vorkommen, wenn sie von Sprechern der CDU/CSU hören, die Bundesregierung täte nicht genug, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Waren es doch gerade die Herren Albrecht und Filbinger, die durch ihr Verhalten das Programm zur Förderung energiesparender Maßnahmen scheitern ließen.

4 1/2 Milliarden DM sollten von Bund und Ländern aufgebracht werden. Zweierlei zu erreichen war das Ziel: Einmal sollte durch entsprechende technische Maßnahmen im Wohnungsbau die immer kostbarer werdende Energie gespart, zum anderen Arbeitsplätze gesichert bzw. neu geschaffen werden.

Nicht durch eine Verwaltungsvereinbarung - wie von der Bundesregierung beabsichtigt, um so schnell wie möglich Wirkung zu erzielen - sondern nur durch gesetzliche Bestimmungen könne ein solches Ziel erreicht werden. So begründete jedenfalls damals Filbinger seine Ablehnung der von der Bundesregierung angestrebten Regelung.

Die Bundesregierung hat schnell gehandelt. Durch die Novelle zum Modernisierungsgesetz wird das gleiche Ziel verfolgt: Wer Wohnungen durch energiesparende Maßnahmen verbessert, soll einen Zuschuß erhalten. Diese Pläne finden nicht die Billigung der CDU/CSU-regierten Länder. Von ihnen hörte man im Finanzausschuß

des Bundesrates ganz neue Töne. Sie fordern, energiesparende Maßnahmen nicht durch Zuschüsse zu fördern - dadurch würden ja Arme und Reiche gleich behandelt - sondern die steuerliche Abzugsfähigkeit der Aufwendungen. Der Großverdiener sparte dann - wollte man diesem Vorschlag folgen - 56 Prozent ein, der kinderreiche Normalverdiener müßte sich mit 22 Prozent begnügen.

Man muß wohl wie die Herren Albrecht, Filbinger und Stoltenberg die höheren Weihen der C-Parteien erhalten haben, um hier noch von Gerechtigkeit reden zu können. Die CDU/CSU weiß genau, daß Sozialdemokraten die Benachteiligung breiter Schichten, wie sie eine solche Regelung zur Folge hätte, nicht mitmachen würden. Es stellt sich deshalb die Frage, ob die C-Parteien auf diesem Weg über den Bundesrat wirksame Maßnahmen zur Energieeinsparung auch diesmal verhindern wollen.

Aus wirtschaftlichen Gründen und im Interesse der Arbeitnehmer, deren Arbeitsplätze durch dieses Programm gesichert werden, bzw. der Arbeitslosen, die wieder einen Arbeitsplatz erhalten sollen, muß die CDU entscheiden, ob sie dem Rat ihrer Fachleute folgen oder - wie bereits beim Scheiternlassen der Verwaltungsvereinbarung - ihr parteiliches Interesse über die Gesamtinteressen stellen will.

(-/15.3.1978/hi/lo)